Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3156

29. 11. 95

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Heidi Knake-Werner und der Gruppe der PDS

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Hans Büttner (Ingolstadt), Rudolf Dreßler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksachen 13/2418, 13/3155 –

Entwurf eines Gesetzes zur Angleichung der Arbeitsbedingungen bei der Entsendung von Arbeitnehmern (Entsendegesetz)

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 wird um folgenden § 15 ergänzt:

„§ 15

Anlauf- und Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Der Bund fördert auf Antrag Anlauf- und Beratungsstellen für ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Zuschüssen für Personal- und Sachkosten einschließlich Betriebsmittelpauschalen. Aufgabe der Anlauf- und Beratungsstellen ist es, zielgerechte Hilfsangebote für ausländische Arbeitskräfte anzubieten, die Durchsetzung formal bestehender Arbeitsvertragsrechte zu unterstützen, und den betroffenen Beschäftigten umfassende praktische Orientierungs- und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die ihre Konfliktfähigkeit und Rechtssicherheit im Einzelfall stärken. Die mit diesen Betreuungsaufgaben befaßten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterliegen der Schweigepflicht."

Bonn, den 28. November 1995

Dr. Heidi Knake-Werner
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Selbst minimale Arbeitsbedingungen werden auch dann nicht eingehalten werden, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland gesetzlich gleichgestellt sind, wie die Beispiele der Werksvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer aus den osteuropäischen Ländern zeigen.

Unwürdige Arbeitsbeziehungen werden von den Wanderarbeiterinnen und -arbeitern häufig nur deshalb über die Grenze des Erträglichen in Kauf genommen, weil sie ihre Ansprüche nicht kennen und sich abhängig vom Entsendeunternehmen fühlen.

Ein wirksamer Schutz gegen schlechte Arbeitsbedingungen und die dadurch beförderte unmenschliche Konkurrenz um Arbeitsplätze, wird möglich, wenn die Beschäftigten selbst in den Mittelpunkt gerückt werden. Ziel der vorgeschlagenen Einrichtung von Anlauf- und Beratungsstellen ist es, dazu beizutragen, dauerhaft die Rechte der vorübergehend entsandten arbeitenden Menschen zu garantieren. Durch die Stärkung der Konfliktfähigkeit und der Rechtssicherheit der entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können tendenziell alle entsprechenden Arbeitsverhältnisse abgedeckt und das Risiko für unseriöse Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und illegale Arbeitsvermittlerinnen und Arbeitsvermittler erhöht werden.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333